

REVOLUTION

★ unabhängige Jugendorganisation ★ Nummer 28 ★ März/April 2008 ★

Frauentag am 8. März!



**Für Gleichheit
kämpfen!**

[WWW. REVOLUTION.DE.COM](http://www.REVOLUTION.DE.COM)

LIEBE REVO...

GEGEN DAS WORLD ECONOMIC FORUM (WEF)

Mehrere tausend PolitikerInnen und KapitalistInnen aus aller Welt trafen sich im Schweizer Skidort Davos zum World Economic Forum (WEF), unter ihnen die Ehrengäste Henry Kissinger und Tony Blair. Proteste gegen das WEF fanden am Wochenende davor statt, in Bern und in St. Gallen. Die REVOLUTION-Gruppe aus der Schweiz war dabei...

Bericht und Bilder auf: <http://de.indymedia.org/2008/01/205819.shtml>



KRIEG IN GAZA

Kurz bevor diese Zeitung in den Druck ging, kamen die Meldungen über die neuste israelische Offensive im Gazastreifen. Letztes Wochenende sind über 100 PalästinenserInnen, darunter mehrere Kinder, getötet worden.

Wir fordern ein Ende dieser Offensive und der Besatzung insgesamt! Wir werden zusammen mit PalästinenserInnen, antizionistischen Israelis und Anti-KriegsaktivistInnen aus aller Welt dagegen protestieren!

von Wladek, REVOLUTION-Redaktion

ARMEE AUF SCHULEN?

Bundeswehr raus aus den Schulen! Infos auf der neuen Website der Kampagne „Bundeswehr – ein todsicherer Job“:

<http://todsicher.blogspot.de>

BUNDESWEHR IN BERNAU

Seit Jahren kommt zur „Bernauer Ausbildungs- und Studienbörse“, neben zahlreichen Unternehmen und Unis, auch die Bundeswehr mit ihrem Propaganda-Truck, um für sich als Arbeitgeber zu werben.

Als letztes Jahr einige SchülerInnen mit Flugblättern dagegen protestieren wollten, wurde das Schulgelände kurzerhand von der Polizei besetzt. Eine Aktion konnte so zwar nicht zustandekommen, aber die extreme Abwehrreaktion zeigte immerhin, dass Veranstalter und Bundeswehr bei angekündigter Kritik sofort nervös werden.

Dieses Jahr haben sich AktivistInnen von Solid und REVOLUTION, sowie weitere Bernauer SchülerInnen zusammengefunden, um den BesucherInnen der Studienbörse am 11. April – trotz möglicher Repression – eine andere Sicht auf die selbsternannte „Friedenstruppe“ zu bieten.

von Tom und Nicowitsch, Revo Bernau

REVOCAMP 2008!

In der letzten Juliwoche ist es wieder soweit! Zum sechsten Mal veranstaltet die Jugendorganisation REVOLUTION ein internationales Sommercamp für revolutionäre Jugendliche in Tschechien. Junge Menschen aus mindestens sechs europäischen Ländern werden für eine Woche zusammenkommen.

Beim REVOCAMP gibt es viele politische Diskussionen, aber auch praktische Workshops über Demos, Graffiti, Transparente, Zeitungen usw. Abends gibt es natürlich auch Filme und Partys. Dabei bestimmen die TeilnehmerInnen den Ablauf des Camps selber, ganz demokratisch.

Bald werden wir Flyer, Plakate und einen Zeitplan zur Verfügung stellen. Aber du kannst schon mal den Termin freihalten: 28. Juli bis 1. August in Liberec (Tschechien).

Berichte und Bilder von den letzten fünf REVOCAMPs findest du auf unserer Website. Wenn du dieses Jahr teilnehmen möchtest, melde dich einfach bei info@revolution.de.com

Lefty, der revolutionäre Waschbär
Mehr Infos: www.revocamp.eu.tc

OKTOBER IM NOVEMBER*

* Die Oktoberrevolution, die erste sozialistische Revolution der Geschichte, fand vor 90 Jahren statt – nicht im Oktober, sondern Anfang November 1917. Es gibt eben viele Sachen, die man über die Oktoberrevolution nicht weiß oder in der Schule bzw. in den Medien falsch beigebracht bekommt.

In einer der letzten Ausgaben hetzt *Der Spiegel* auf der Titelseite gegen Lenin und die Oktoberrevolution – dieses „Nachrichtenmagazin“ stellt die russische Revolution als ein Komplott des deutschen Kaiserreiches dar. Doch die Vorwürfe vom Spiegel sind nicht neu – Leo Trotzki widerlegte sie bereits 1930.

Um eine andere Sicht der Revolution anzubieten, haben wir von REVOLUTION diese neue Broschüre herausgegeben.

„Oktober im November“ – erhältlich von Revo für 1€



Wo ist dein Bericht oder Leserbrief?

Schick ihn einfach an: info@revolution.de.com
REVOLUTION erscheint alle zwei Monate. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Organisation decken.

Auf zum Frauentag!

Der 8. März wird gemeinhin als Internationaler Frauentag gefeiert. Es gilt, besonders den Arbeiterinnen Respekt und Demut zu zollen, die in der Vergangenheit durch Streiks und politisches Engagement gegen ihre Unterdrückung vorgingen, den Sabotagen des Patriarchats trotzten und ihre Ketten verbissen lockern konnten. Jedoch ist die Unterdrückung noch nicht ausgestanden; **der Kampf ist noch nicht vorbei.**

Es finden sich viele Erklärungen für den Ursprung dieses Tages: Textilarbeiterinnen streikten am 8. März 1857 in einer Fabrik in New York; Arbeiter- und Soldatenfrauen streikten am **8. März 1917 in St. Petersburg**; es geht auch um Gedenken an die Sozialistin Clara Zetkin, die den ersten Frauentag im Jahr 1911 initiierte.

Doch bei allen Erklärungen darf eines nicht vergessen werden: Die Industrialisierung des 19. bzw. 20. Jahrhunderts war dominierender Faktor bei der Entstehung des ersten Frauentages. In Verbindung mit ihr muss mensch die **stolzen Errungenschaften des Frauenkampfes** – das Wahlrecht, die Scheidung, die verbesserte Bildung usw. – in einem kritischen Licht sehen: Der erste Frauentag fällt mit der Zeit zusammen, als der weibliche Teil der Arbeiterschaft für Unternehmer interessant geworden war. Damit erschloss sich für Frauen der unteren Klassen, einst am Herd gezielt isoliert, die Arbeitswelt, unter

entsprechend **elenden Bedingungen und mit extremen Benachteiligungen** gegenüber männlichen Arbeitern.

Der Druck auf Unternehmer wur-



de größer, da die arbeitenden Frauen sich organisierten: Die Errungenschaften der Arbeiterklasse und die Frauenbefreiung und -gleichstellung waren **von Anfang an eng verknüpft**. Doch wie stets zuvor bedeutete der Kampf der Arbeiterinnen nicht nur Mobilisierung gegen die Ausbeutung der so genannten „Arbeitgeber“, sondern auch stets den – meist privaten, hoffnungslosen – Kampf gegen die Windmühlen ihrer sexistischen Herabsetzung im Alltag.

Exakt hier müssen wir modernen Frauen und Mädchen ansetzen: Warum lohnt es sich, den 8. März auch heute noch dem Andenken an **ruhmreiche Freiheitskämpferinnen** zu widmen? Was will uns dieser Tag in Erinnerung rufen?

Auch heute bietet uns die Gesellschaft keine Gleichberechtigung: Frau zu sein bedeutet, eingeschränkt, benachteiligt und unterdrückt zu sein, aufgerieben in einer ungesunden Konstellation aus moderner Schuferei und traditioneller Hausarbeit. Die von den KapitalistInnen mehr schlecht als recht in der Vergangenheit eingeräumten Verbesserungen **genügen nicht!** Sie beschränken sich auf Profit bringende Präsente, die einzig dazu dienen, die Arbeitskraft von Frauen – ob nun bezahlt oder

unbezahlt, im Haushalt oder im Beruf – auf die bestmögliche Weise nutzbar zu machen.

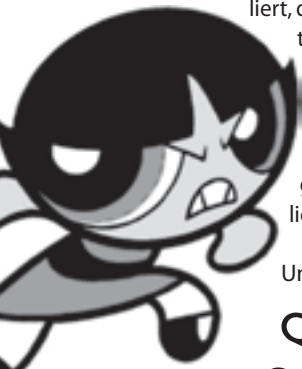
Die Benachteiligung gegenüber männlichen Pendanten ist dabei immer noch immens: Die von einer Frau geleistete Arbeit wird mit einem **durchschnittlich 20 Prozent niedrigeren Lohn** vergolten, dies zu meist noch unter miserablen Arbeitsbedingungen, etwa in Form von Teilzeitarbeit. Gewalt ist auch heute noch für viele Frauen in unserem „aufgeschlossenen“, modernen Land an der Tagesordnung. Sie werden zu Opfern durch eine veraltete, diskriminierende Rollenverteilung.

Die Überlastung von Beruf (oder auch Arbeitslosigkeit), Haus- und Erziehungsarbeit, eingebildeten Verpflichtungen gegenüber der Familie, von Medien und Umwelt gezielt geförderten **Minderwertigkeitsgefühlen und Schönheitswahn** soll die Sprach- und Energielosigkeit der als Arbeitstiere missbrauchten Frauen sichern.

Damit muss Schluss sein! **Den Umsturz des gegenwärtigen Systems** und eine neue Gesellschaftsordnung mit gleichen Arbeitsbedingungen, gemeinschaftlicher Familienversorgung und ohne jede geschlechtsspezifische Rollenverteilung kann nur die sozialistische Revolution bringen.

Der Grundstein dafür muss jedoch schon heute gelegt werden! Lasst uns den 8. März 2008 als Anlass nutzen, auch das restliche Jahr über für die **Befreiung von Frauen wie Männern** zu mobilisieren und gegen jede Form von Unterdrückung zu kämpfen!

von Paula, Revo Dresden



SELBER MACHEN: PLAKATIEREN

Wenn ihr eine Demonstration, einen Schulstreik, eine Veranstaltung oder eine Party organisiert, stellt sich die Frage, wie ihr sie bewerben könnt. Eine gute Möglichkeit ist es, in der Gegend Plakate zu kleben.

Plakatieren ist ungefähr so schwer wie es klingt. Ihr braucht alles in allem: Kleister, Wasser, einen Eimer, einen Quast (oder breiten Pinsel) und – am wichtigsten – Plakate.

Damit die Plakate auffallen, sollten sie im A3-Format oder größer sein. Die Bilder müssen einfach zu erkennen sein, der Text groß und gut lesbar. Ihr könnt ein eigenes

Plakat auf A4 ausdrucken und es mit einem Kopierer auf A3 vergrößern. Für größere Kampagnen gibt es meist gedruckte Plaka-



te, die ihr irgendwo abholen könnt.

Den Kleister gibt es für etwa 2€ im Baumarkt – ihr mischt ihn an und dann geht's

los. Am besten zu dritt oder zu viert: Eine Person hat Kleister und Quast, eine zweite die Plakate und die übrigen sollten sich davon überzeugen, dass die Luft rein ist. Denn Polizei, Sicherheitsdienste und HausbesitzerInnen können euch das Leben schwer machen, wenn sie euch dabei erwischen.

Dann sucht ihr euch schöne, möglichst ebene Flächen in Sichthöhe, streicht einmal Kleister unter, und anschließend über das Plakat. Schon fertig!

Beachten solltet ihr, dass ihr keine Plakate mit linken oder nicht-kommerziellem Inhalt überklebt.

Hamburg, Hessen und Niedersachsen

Über den Linksruck bei den Landtagswahlen und die Perspektiven der Partei „Die Linke“

In den vergangenen Monaten wurden in mehreren Bundesländern neue Landesparlamente gewählt: Am 27. Januar durfte in Niedersachsen und Hessen, am 24. Februar dann in Hamburg gewählt werden. Nach diesen drei Wahlen sitzen nun erstmal Abgeordnete der Linkspartei in westdeutschen Landesparlamenten. „Die Linke“ erhielt in Niedersachsen 7,1 Prozent (11 Sitze), in Hessen 5,1 Prozent (6 Sitze) und in Hamburg 6,4 Prozent (8 Sitze).

Dieses Novum zeigt deutlich, dass die Unzufriedenheit über die gesellschaftlichen Zustände wächst, denn die Linkspartei wurde wegen ihrer sozialen Rhetorik gewählt. Die SPD fürchtet Stimmenverluste, und das erklärt die mehr als lächerliche Debatte innerhalb der SPD um mögliche Zusammenarbeit mit der Linkspartei. Dabei ist von allen Beteiligten anscheinend vergessen worden, dass die SPD bereits seit 2001 zusammen mit

der Linkspartei den Berliner Senat stellt (von 1998 bis 2002 regierte die SPD zusammen mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern).

Doch die Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei in Berlin lässt nicht nur die internen Debatten in der Sozialdemokratie lächerlich erscheinen, sie zeigt auch ganz gut wie die „soziale“ Politik der PDS in der Praxis aussieht. In Berlin wurden beispielsweise seit 2001 über hundert Jugendfreizeiteinrichtungen geschlossen. Auch die Situation an den Schulen verschlechtert sich von Jahr zu Jahr: so müssen die SchülerInnen mittlerweile bis zu 100 Euro für ihre Schulbücher bezahlen, die sie vormals umsonst erhielten. Genau wie überall in der BRD sind arbeitslose Menschen gezwungen, im Rahmen von 1-Euro-Jobs Zwangsarbeit zu verrichten. Auch der Preis des Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr in den letzten Jahren mehrmals er-

höht, sodass es für Hartz IV-EmpfängerInnen kaum noch erschwinglich ist. Und erst vor einigen Wochen rechnete der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin in fast schon misanthropischer Weise vor, dass der Tagesregelsatz, den Arbeitslosengeld-EmpfängerInnen für Essen bekommen, mit etwas über vier Euro zu hoch angesetzt sei.

Bei der Betrachtung der Berliner Landespolitik zeigt sich deutlich, dass die Linkspartei nicht in der Lage ist, ihre soziale Rhetorik in die Praxis umzusetzen. Wegen ihrer reformistischen Logik will sie um jeden Preis in die Regierung einsteigen – die Linkspartei in Hessen machte gleich am Wahlabend das Angebot, eine SPD-Regierung zu wählen. Doch so bald sie der Regierung beitrifft, muss sie sich schnell den kapitalistischen „Sachzwängen“ anpassen. Linke Politik sieht anders aus!

von Antonio, Revo Berlin

ANZEIGE



... den Hammer schmieden

Ja, ich abonniere die **junge Welt** für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Ich bestelle das

- Normalabo (mtl. 27,90 Euro),
- Solidaritätsabo (mtl. 35,90 Euro),
- Sozialabo (mtl. 20,90 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bezahle das Abo

- monatlich (nur mit Bankeinzug),
- vierteljährlich (3 % Rabatt),
- halbjährlich (4 % Rabatt),
- jährlich (5 % Rabatt).

- per Einzugsermächtigung
- Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Als Dankeschön wähle ich eine der folgenden Prämien:



Christoph Twickel
Hugo Chávez. Eine Biografie
Seine vehemente Anti-Bush-Haltung hat ihn zur Galionsfigur der neuen Linken in Lateinamerika gemacht. Das Buch erzählt vom Aufstieg des zur Zeit einflussreichsten Politikers Lateinamerikas.
Edition Nautilus, 2006, 352 S.

revolution



Dietrich Kittner
Sadisten. Wie ein Gesetz entsteht
Mit bissem schwarzem Humor und verblüffender Logik zeichnet Kittner nach, wie die zpeinliche Befragung tatsächlich wieder Gesetz werden könnte, nicht nur in Abu Ghraib und Guantánamo, sondern auch im Land der Dichter und Denker.
Independent entertainment, DVD, 50+26 Minuten

Die Prämie geht an mich den Abonnenten Ich verzichte auf eine Prämie

Wer hat Angst vorm roten Mann?

Die Äußerungen einer DKPlerin bieten Anlass für eine antikommunistische Hetzkampagne

Ende Januar bekam die Linkspartei mehr als 5% bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen. Gerade zwei Wochen später war eine riesige Medienkampagne im Gang: bürgerliche Zeitungen schrieten auf ihren Titelseiten, Linkspartei-Abgeordnete wollen „die Stasi zurück haben!“

Es ging um Christel Wegner, ein Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die über die offenen Listen der Linkspartei in den Landtag von Niedersachsen gewählt wurde. In einem Interview in der Fernsehsendung „Panorama“ äußerte sie sich zu ihren politischen Zielen und auch zu ihren Differenzen mit der Linkspartei.

Im Interview äußerte sie sich gar nicht zur „Stasi“, zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Wörtlich sagte sie, unter anderem: „Ich denke nur, wenn man eine andere Gesellschaftsform errichtet, dass man da so ein Organ wieder braucht, weil man sich auch davor schützen muss, dass ... reaktionäre Kräfte die Gelegenheit nutzen und so einen Staat von innen aufweichen.“ Sie meinte außerdem: „Die Macht des Kapitals kann nur dadurch überwunden werden, dass wir eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel bekommen.“

Die Reaktionen der Linken

Die gesamte Linkspartei reagierte innerhalb weniger Stunden mit Distanzierungen. Parteistars Gregor Gysi meinte wörtlich: „Es gibt für uns keinen Weg zurück zur DDR. Es gibt für uns keinen Weg zur Verstaatlichung der Produktionsmittel.“ Seine Kritik an der DDR ist also nicht, dass eine Partei- und Staatsbürokratie die ArbeiterInnen von der Kontrolle über die Planwirtschaft ausschloss, sondern dass es überhaupt zu einer Enteignung des Kapitals gekommen war. Jetzt versichert er den KapitalistInnen – auch im Hinblick auf mögliche Regierungsbeteiligungen auf Bundesebene –, dass sie von der Linkspartei nichts, aber wirklich gar nichts, zu befürchten haben.

Die Linksfraktion im niedersächsischen Landtag schloss Christel Wegner sofort aus (obwohl bis heute nicht geklärt ist, was sie genau gegenüber Panorama gesagt hat, weil die Redaktion die Veröffentlichung des Interviews verweigert). Aber fast alle Bestandteile der Linkspartei unterstützen diese Kampagne: Die Jugendorganisation Linksjugend [solid], die sich selbst gern als linker Teil der Partei sieht, forderte Christel Wegner zur Mandatsniederlegung auf. Selbst die Euro-

parabgeordnete Sahra Wagenknecht von der Kommunistischen Plattform der Linkspartei stimmte in den „Leg dein Mandat nieder!“-Chor mit ein.

Solidarität, aber...

Tatsächlich sind die Ansichten von Christel Wegner nicht unproblematisch. Sie und die DKP insgesamt sehen die DDR und die ehemalige Sowjetunion als mehr oder weniger sozialistisch an. Für sie ist es OK, dass keine gewählten Arbeiterräte sondern eine privilegierte und tyrannische Bürokratie regierte. (Solche „Sozialismus“-modelle werden auch einer der Gründe sein, warum der Sozialismus heutzutage nicht besonders populär ist.)

Wir stimmen tatsächlich damit überein, dass eine sozialistische Gesellschaft sich verteidigen muss. Denn die Herrschenden werden sich mit allen Mitteln gegen eine Revolution zur Wehr setzen – das können wir bei allen erfolgreichen und gescheiterten Revolutionen sehen. Aber wir glauben nicht, dass „ein Organ“ im Sinne einer staatlichen Bürokratie à la Staatssicherheit notwendig sein wird. Die ArbeiterInnen und Werkstätige werden sich in Räten organisieren und durch diese die gesamte Gesellschaft verwalten – damit werden sie auch in der Lage sein, die Konterrevolution abzuwehren.

W.I. Lenin war auch der Meinung, dass nach der Revolution die Niederhaltung der ehemaligen AusbeuterInnen notwendig sein wird. Aber er fügte hinzu: „die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven von gestern ist eine so verhältnismäßig leichte ... Sache, daß sie viel weniger Blut kosten wird als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen und Lohnarbeiter ... Und sie ist vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß die Notwendigkeit einer besonderen Maschine zur Unterdrückung zu schwinden beginnt. Die Ausbeuter sind natürlich nicht imstande, das Volk niederzuhalten ohne eine sehr komplizierte Maschine zur Erfüllung dieser Aufgabe, das Volk aber vermag die Ausbeuter ohne einen besonderen Apparat

niederzuhalten, durch die einfache Organisation der bewaffneten Massen.“

Die StalinistInnen in der ehemaligen DDR (und der DKP heute) haben Lenins Vorstellung vom Sozialismus – die zunehmende Selbstverwaltung der Massen, das zunehmende Verschwinden des Staates – stets abgelehnt. Wir hatten oft genug hitzigen Streit mit Mitgliedern der DKP über genau diese Frage.

Aber uns ist klar, dass diese Hetzkampagne nicht nur gegen DDR-Fans, sondern gegen alle SozialistInnen gerichtet ist. Durch diese Medienkampagne (und auch durch die oben zitierten Äußerungen von Gregor Gysi) wird suggeriert, dass jeder Versuch, den Kapitalismus zu überwinden, zwangsläufig zu einer stalinistischen Diktatur wie in der DDR führt. Deswegen sagen wir gleichermassen:

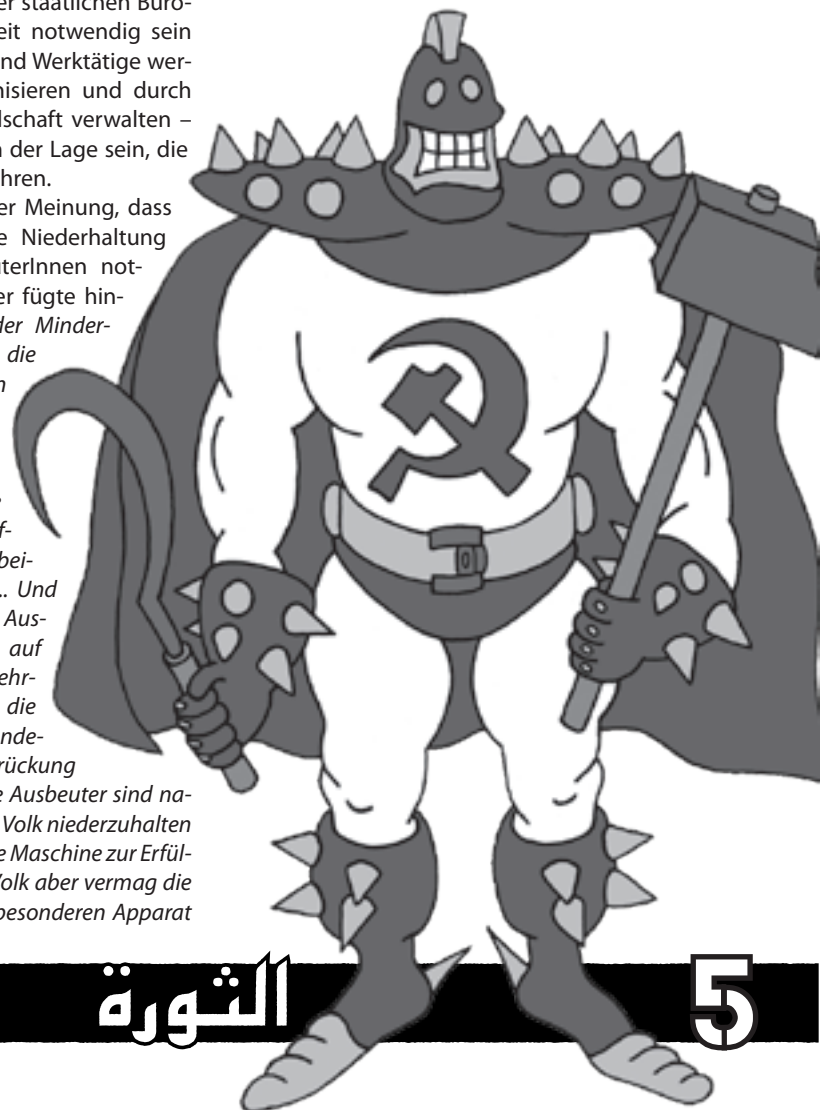
★ Solidarität mit Christel Wegner!

Gegen die mediale Hetzkampagne!

★ Für revolutionären Sozialismus

statt Reformismus oder Stalinismus!

von Wladek, Revo Berlin



Freie Uni kampfbereit



Berliner StudentInnen bereiten ein „Protestsemester“ vor

onen. Die Furcht vor Aktionen war so groß, dass mehrere Bibliotheken geschlossen und von der Berliner Polizei abgeriegelt wurden. In verschiedenen Gebäuden sassen verblüffend auffällige Zivilpolizisten, die das Geschehen beobachtet haben.

Der „Dieter-Lenzen-Fanclub“ ließ in verschiedenen Lehrveranstaltungen Luftballons steigen, um den marktwirtschaftlichen Umbau der Universität zu bejubeln. Sie trugen Porträts des unter den Studierenden eher unpopulären Universitätspräsidenten Lenzen durch die Fluren und riefen: „Hoch die Neoliberale Flexibilität!“

Mitglieder der Revolutionären Liste sorgten für Empörung, als sie einige Dutzend Seminare unterbrachen, um im Namen der Universitätsleitung die Einführung von allgemeinen Studiengebühren bereits im kommenden Semester anzukündigen. Die Reaktionen in den verschiedenen Seminaren waren sehr unterschiedlich: manche Studierende entzifferten den Witz und jubelten, aber manche haben die Ankündigung ernst genommen und beschimpften die schick angezogenen „VertreterInnen des akademischen Senats“, als sie den Brief vorlasen. „Du brauchst dir echt nur ein Jackett anzuziehen und sie kaufen dir alles ab!“ kommentierte ein Aktivist die Aktion.

VV und Demo

Um 14 Uhr fand eine Vollversammlung mit über 400 StudentInnen statt, um einen Austausch zu ermöglichen und das weitere Vorgehen zu planen. Aber die VV musste natürlich auch mit einem Theaterstück beginnen, und so zogen junge Männer in schwarzen Anzügen – der „Dieter-Lenzen-Fanclub“ – erklärten sie die Situation auf der FU aus Sicht des Präsidiums: unter den Studierenden gäbe es nur 2% Elite, dann etwa 38% „ernsthafte Bachelor- und MasterstudentInnen“, und der Rest – satte 60% – sogenannte „TrittbrettfahrerInnen“, die möglichst schnell zu entfernen seien. Damit begründeten sie ihre programmatischen Ziele: „Für Elite, Wettbewerbsfähigkeit und den Börsengang der FU!“

Zum eigentlich Beginn der VV gab es ein offenes Forum, um die Beschwerden der Studierenden zu sammeln: Diese reichten von den kleinen, alltäglichen Sachen wie Anwesenheitslisten und überfüllten Seminaren bis zu Schliessungen von Bibliotheken und ganzen Instituten.

Alle waren sich einig, dass solche Probleme auf die Umstrukturierung der FU als „Elite-Uni“ zurückzuführen sind. Aber RednerInnen der Revolutionären Liste machten auch klar, dass die deutschen Universitäten jetzt schon nur für eine relativ kleine Elite zugäng-

lich sind – nur nur etwa 15% der Studierenden kommen aus Arbeiterfamilien. Die Studierenden sollten deswegen nicht nur für bessere Bildung für sich selbst kämpfen, sondern für das Recht auf Bildung für alle Menschen, die aufgrund der sozialen Selektion im deutschen Bildungssystem gar nicht erst studieren dürfen.

Schliesslich ging die Diskussion vom „Was“ zum „Wie“: Das Sommersemester 2008 wurde von der überwältigenden Mehrheit zum „Protestsemester“ gekürt. Gleich am Anfang des Semesters soll eine weitere Vollversammlung stattfinden, um die Möglichkeit von Protesten einschliesslich eines Streiks zu diskutieren. Außerdem beschliessen die StudentInnen, sich mit den Beschäftigten bei Nokia in Bochum solidarisch zu erklären, deren Werk geschlossen wird.

Im Anschluss gab es eine Demonstration mit etwa 400 TeilnehmerInnen durch das Universitätsgelände in Dahlem. Auf dem Weg wurden StudentInnen, die in Seminaren am Institut für Wirtschaftswissenschaften saßen, durch die Fenster zum Mitmachen aufgefordert.

Um den Tag abzuschliessen, gab es Vokü, Getränke und Musik in einem studentischen Café. Die politischen Diskussionen liefen stundenlang, doch gegen 22 Uhr verbreitete sich die Meldung, dass die BVG-ArbeiterInnen ab 0:00 in den Streik treten sollten. Mensch fühlte sich recht solidarisch, musste sich aber trotzdem beeilen, um den letzten Zug zu erwischen – sonst drohte eine einsame Nacht im abgeschnittenen Dahlem.

Wie geht's weiter?

Der uniweite Aktionstag war insgesamt ein Erfolg. Die Vollversammlung war überraschend groß – mit 400 TeilnehmerInnen etwa doppelt so groß wie die größte VV im letzten Jahr. Noch ist es eine kleine, politisierte Minderheit von einigen hundert Studierenden, die an solchen Aktionstagen teilnimmt. Aber so bald dynamischere Kampfformen wie Streiks in Gang kommen, werden weitere Tausende zweifellos dazu kommen.

Jetzt ist es wichtig, dass die Vollversammlung im April gut vorbereitet wird. Wir brauchen mehr als eine Beschwerderunde – wir brauchen einen konkreten Aktionsplan für Widerstand innerhalb und vor allem außerhalb der Universität! Es gab viel Applaus für einen Redebeitrag, der auf die Notwendigkeit von gemeinsamen Protestaktionen von Studierenden mit SchülerInnen, Azubis, ArbeiterInnen, Arbeitslosen und MigrantInnen hinwies. Um die Forderungen der StudentInnen durchzusetzen, muss diese Perspektive der Solidarität in der Praxis umgesetzt werden.

von Wladek, Revo Berlin

„Gemeinsam werden wir die Uni bewegen!“ Seit zwei Wochen hängen rote Plakate überall auf der Freien Universität (FU) in Berlin-Dahlem, um für den uniweiten Aktionstag am gestrigen Donnerstag zu mobilisieren. Ein breites Bündnis von StudentInnen hatten den Aktionstag organisiert, um gegen die „Ökonomisierung des Studiums“ zu protestieren. Die FU wurde letztes Jahr zur „exzellenten Universität“ gekürt, und das bedeutet für die Studierenden wachsenden Leistungsdruck. Zum Beispiel gehört die Teilnahme an unbezahlten Praktiken zur Studienordnung bei den meisten Bachelor-Studiengängen.

Die Universitätsleitung unter Präsident Dieter Lenzen treibt diese Ökonomisierung bewusst voran. Zu ihren umstrittensten Vorhaben gehört der Plan, mehrere sozialwissenschaftliche Bibliotheken mit der zentralen Universitätsbibliothek (UB) zusammenzulegen. Dafür hat die UB kaum Platz, und deswegen sollen etwa 300.000 Büchern „aussortiert“, also aus den Beständen entfernt werden.

„Katastrophale Lehrbedingungen“ haben Sara, eine Studentin der Politikwissenschaften, zum Protest bewegt: an der FU gibt es „überfüllte Seminare und Dozenten, die keine Zeit für die Betreuung der Studierenden haben.“ Durch die Umorientierung der Universität auf Forschung, zum immer größeren Teil für privatwirtschaftliche Zwecke, bleibt die Lehre zunehmend auf der Strecke.

Dezentrale Aktionen

Am Anfang des Aktionstages liefen verschiedene, subversive Mobilisierungsakti-

Werden die DemokratInnen in den USA einen *Wandel* herbeiführen?

Got some change?



Nach sieben Jahren George Bush sieht die Mehrheit der US-Bevölkerung das Bush-Regime als ein komplettes Desaster an. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im November 2008 haben DemokratInnen und RepublikanerInnen sich vom unbeliebten Präsidenten immer mehr distanziert. Die demokratische Partei konnte den Frust der amerikanischen Bevölkerung am besten für sich vereinnahmen, was einen fast sicheren Wahlsieg für entweder Hillary Clinton oder Barack Obama bedeutet.

Die zwei KandidatInnen

Die zwei wichtigsten demokratischen KandidatInnen, Clinton und Obama, haben beide einen fast identischen Wahlkampf – populistisch und gegen den Krieg – geführt, mit vielen Versprechen für die Arbeiterklasse. Viele WählerInnen haben bereits das Vermächtnis des letzten demokratischen Präsidenten, Bill Clinton, vergessen: seine Kürzungen bei der Sozialhilfe, seine kräftige Unterstützung für das Freihandelsabkommen NAFTA, das tausende amerikanische Existenzen ruinierte, und seine mangelndes Engagement für ein universelles Gesundheitssystem.

Das Vermächtnis der jüngeren Bush-Präsidentschaft besteht aus dem Scheitern des imperialistischen Irak-Krieges, der Krise im Finanzsektor, die möglicherweise zu einer Rezession führt, und dem Wunsch nach „Change“ („Wandel“), der in den Vorwahlen der demokratischen Partei leicht zu erkennen ist. Doch diese Probleme werden nicht verschwinden, wenn Hillary oder Barack PräsidentIn wird.

Oberflächlich bieten die beiden PräsidentschaftskandidatInnen eine vage Hoffnung auf „Einheit“ zwischen den herrschenden und arbeitenden Klassen. In einer Gesellschaft, die sich angeblich auf „Gleichheit“ und „die Mittelschichten“ stützt, wird der Aufstieg eines Schwarzen Mannes und einer Frau zu den aussichtsreichsten BewerberInnen um die Präsidentschaft Millionen AmerikanerInnen ohne Klassenbewusstsein glücklich machen. Fortschrittliche Menschen jeden Alters haben sich hinter diesen PolitikerInnen aus der herrschenden Klasse eingereiht: Vor allem für eine neue Generation von Jugendlichen, die sich an die demo-

kratische Partei gewandt hat, bleiben ihre Hoffnungen an bürgerlichen PolitikerInnen gebunden, die den fundamentalen Wandel, der notwendig ist, nicht wollen.

Viele Medienberichte in den letzten Monaten beschäftigten sich mit den winzigen politischen Unterschieden zwischen Obama und Clinton. Obama nutzt Clintons Unterstützung für den Irak-Krieg im Jahr 2002, um ihre Glaubwürdigkeit zu schädigen, während Obamas „mangelnde Erfahrung“ in der bürgerlichen Politik angegriffen wird. Das Fehlen einer Debatte hat der amerikanischen Bevölkerung nichts genutzt; im Gegenteil hat es geholfen, das rechte Programm der KandidatInnen zu verschleiern – als SenatorInnen haben sie keine ernsthafte Opposition gegen Bush betrieben. Die größten Unternehmen der Wall Street setzen auf beide Pferde und unterstützen die Kampagnen von Clinton und Obama, denn sie wissen: sobald eineR dieser KandidatInnen im November gewinnt, werden sie wieder eine offene Tür ins Weiße Haus haben.

Barack Obama baut seinen Vorsprung immer mehr aus, vor allem weil seine Wahlkampfreden die Jugend und die ArbeiterInnen elektrisieren. Durch seine Appelle an Patriotismus und Einheit hat seine Kampagne es geschafft, viele Menschen von der Möglichkeit zu überzeugen, die Interessen der Arbeitenden und der Elite in Amerika miteinander zu versöhnen. Seine Anziehungskraft als ein Schwarzer Präsident, der den Rassismus herunterspielt, soll AntirassistInnen beruhigen. Nichtsdestotrotz verdienen afroamerikanische Haushalte in den USA nur 62% soviel wie weiße Haushalte, und Schwarze Menschen leiden dreimal öfter unter Armut.

Die anderen KandidatInnen

Der Grund, warum einE demokratischeR PräsidentIn nicht viel ändern wird, ist, dass die kapitalistische Demokratie Amerikas nicht den Interessen der Bevölkerung, sondern den großen Konzernen wie Halliburton oder Goldman Sachs dient.

Republikanischer Präsidentschaftsbewerber John McCain wird wahrscheinlich die Nominierung seiner Partei bekommen. Im Alter von 72 vertritt McCain den gleichen xeno-

phoben Konservatismus, den George Bush verkörpert – ihn würde es nicht stören, wenn die Besatzung des Iraks „zehntausend Jahre dauert“. Aber er hat wenig Aussicht auf Erfolg, vor allem wenn „Obamania“ weiterhin die USA mitreißt.

Der Verbraucherschützer Ralph Nader hat vor kurzem seine vierte Bewerbung um die Präsidentschaft angekündigt. Er hofft auf die Unterstützung von Millionen Menschen, die mit der amerikanischen kapitalistischen Demokratie desillusioniert sind. Leider ist Nader auch nur ein weiterer bürgerlicher Kandidat, der die Arbeiterklasse nicht vertritt. Seine Versuche, für eine gerechtere Version des Kapitalismus zu werben, führen ihn dazu, die grundlegenden Fehler des Systems zu verleugnen und sogar ArbeitsmigrantInnen als Teil des Problems anzugreifen.

Die Perspektive

In einer Gesellschaft, in der zwei kapitalistische Parteien die Politik bestimmen, durchdringt die Idee des „kleineren Übels“ die gesamte Kampagne. Der immer noch nicht erfolgte Rückzug aus dem gescheiterten imperialistischen Krieg im Irak, eine drohende Rezession und der Niedergang der amerikanischen Hegemonie in der Welt gibt Millionen AmerikanerInnen das Gefühl, vom bürgerlichen politischen System nicht vertreten zu sein.

Die Gewerkschaftsbürokratie schiebt weiterhin Millionen Dollar aus den Gehältern von ArbeiterInnen zu den DemokratInnen, nur damit diese Partei die Interessen der ArbeiterInnen verrät. Statt Geld für die unternehmerfreundlichen DemokratInnen zu verschwenden, müssen ArbeiterInnen ihre eigene politische Stimme mobilisieren. Die Versprechen der DemokratInnen an die Großkonzerne werden im Fall ihres Sieges für alle leicht zu erkennen sein: der Irak-Krieg wird nicht schnell zu Ende gehen, und Millionen werden weiterhin keine Krankenversicherung haben.

ArbeiterInnen und Linke müssen den Kampf für eine unabhängige Partei der Arbeiterklasse vorantreiben – eine Partei, die einer sozialistischen und internationalistischen Zukunft verpflichtet ist – um die Dominanz der Wall Street über die Vereinigten Staaten von Amerika zu beenden.

von Scott, Chapel Hill (USA)

Wie konnten die Nazis

Als vor 75 Jahren der Reichstag brannte, war es schon zu spät – der Sieg der Faschisten und die Schuld daran

Jeder kennt den Faschismus aus der Schule und das Thema hängt vielen zum Hals raus. Das ist auch nur allzu gut verständlich, denn der deutsche Faschismus wird immer wieder auf die gleiche, oberflächliche Art und Weise dargestellt. Schulstunden zur Naziherrschaft gleichen einer „Geisterbahnfahrt“ durch die „bösen alten Zeiten“ und Hitler ist der Teufel, der die vielen dummen Arbeitslosen überzeugte und so sein Terrorregime aus dem Hut zaubern konnte.

Am 28. Februar war der 75. Jahrestag des Reichstagsbrandes – ein Anlass, auf eine andere Weise den Aufstieg des deutschen Faschismus beleuchten.

Der Aufstieg

Die tiefe wirtschaftliche Krise hatte auch die Mittelschichten, das so genannte Kleinbürgertum, getroffen und radikalisiert. Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Antimarxismus und eine gewisse Gegnerschaft gegenüber Kapitalismus und moderner Industrie – das war die NSDAP. Vor allem im Hass auf alles Marxistische sahen sich die verschiedenen Strömungen der radikalen Rechten vereint.

Das war schließlich auch die Eigenschaft, die die Nazis auch für GroßkapitalistInnen so interessant werden ließ, so dass die Großindustriellen Thyssen und Krupp sogar drei Millionen Reichsmark Wahlkampfbzuschuss zahl-

ten. Denn die radikale Arbeiterschaft und ihre Organisationen, namentlich die Kommunistische Partei (KPD), wurden immer stärker. In einigen Industriezentren hatte sie sogar die Unterstützung der Mehrheit der organisierten ArbeiterInnen.

Freund und Feind meinten, dass die KommunistInnen gut auf die Machtübernahme vorbereitet seien. Das tödliche Problem der KommunistInnen war aber ihre ultralinke Politik. Für die KPD am Ende der Weimarer Republik war der „Hitler-Faschismus“ nur eine Form des Faschismus. Die KPD sah selbst in den SozialdemokratInnen „Sozial-Faschisten“. Während die SPD-FührerInnen rechtsstaatliche Illusionen schürten und die faschistische Gefahr rigoros herunterspielten, verhinderten die stalinistischen KPD-FührerInnen durch ihre „Sozialfaschismus“-Theorie jegliche Einheitsfront.

Die Einheitsfront

Die Einheitsfront, die vereinte Aktion der Arbeiterklasse zur Abwehr der faschistischen Gefahr, wäre nötig gewesen. „Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen!“ – das war das Gebot der Stunde. Dafür traten auch die TrotzkiInnen vehement ein: „Verteidigung der demokratischen Rechte, Organisation von Massendemonstrationen! Einberufung eines Betriebsräte- und Er-

werbslosenausschüsse-Kongresses, der die konkreten Maßnahmen zur Durchführung dieser Abwehraktionen trifft!“ Doch die StalinistInnen beschränkten sich auf eine „rote Einheitsfront“ mit sich selbst: Auf diese KPD-„Einheitsfront“ konnten die SPD-ArbeiterInnen verzichten.

Dabei wäre gerade eine gemeinsame Aktionsfront eine Möglichkeit gewesen, die zurückhaltenderen ArbeiterInnen von der Unfähigkeit der sozialdemokratischen FührerInnen zu überzeugen. Denn im Kampf zeigt sich, wie sehr die reformistischen BürokratInnen, durch ihre Angst um das kapitalistische System, die Möglichkeiten des Proletariats begrenzen, während die RevolutionärInnen konsequent für die volle Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse eintreten. Zum Beispiel wäre ein Generalstreik gegen die Nazis oder gar die Arbeiterbewaffnung für die staatsstreuen SozialdemokratInnen ein Problem, aber für jeden sozialdemokratischen ArbeiterIn eine offensichtliche Notwendigkeit gewesen. So hätte die erfolgreiche antifaschistische Defensive eine entscheidende Vorstufe eben der „revolutionären Offensive“ werden können, die die KPD-FührerInnen so vollmundig versprochen.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Daraufhin veröffentlichte die KPD einen Aufruf zum Generalstreik, dem aber kaum jemand folgte. Der Graben, den die KPD zwischen sich und den „Sozialfaschisten“ gezogen hatte, war viel zu tief. An ein-

igen Orten kam es dennoch zur Zusammenarbeit, vor allem die sozialistische Jugend war zu gemeinsamen antifaschistischen Initiativen bereit, doch die SPD-Führung drohte mit Parteiausschluss. Die neue Regierung nahm den Generalstreik-Aufruf zum Anlass, linksradikale Versammlungen, Demos und Zeitungen zu verbieten. Die braunen Horden hatten ab dem 30. Januar zunehmend Narrenfreiheit, die Polizei verlor nun jeden Schein von Unabhängigkeit. Der Terror richtete sich fast nur gegen KommunistInnen. Massenhafte Verhaftungen und Hausdurchsuchungen waren an der Tagesordnung.

Der Brand

Am 28. Februar brannte der Reichstag. Was folgte war maßlose antikommunistische Hetze und Hysterie. Durch eine weitere Notverordnung wurden Grundrechte außer Kraft gesetzt, in den folgenden Tagen wurden zehntausende KommunistInnen verhaftet.

Am Tag nach den Wahlen vom 5. März wurden die Aktivitäten der KPD vollständig



siegen?

für illegal erklärt und ihre Reichstagsitze gestrichen. Kein SPD-Führer protestierte mit einem Wort gegen diese Maßnahme. Schon seit Amtsantritt Hitlers wiesen die sozialdemokratischen FührerInnen ihre Mitglieder an, abzuwarten, ob die Hitler-Regierung die Verfassung und ihre Zusicherungen einhalten würde. Die Verfolgung betraf ja schließlich zunächst nur die radikalen, „demokratiefreundlichen“ Linken.

Das so genannte Ermächtigungsgesetz, mit dessen Hilfe das Parlament vollständig entmachtet wurde, wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen. Die SPD-Fraktion war allein dagegen, die KPD-Fraktion im Knast oder im Untergrund. Jetzt gingen die Nazis auch gegen die SozialdemokratInnen vor. Gerade für die GewerkschaftsführerInnen war dies aber eher ein Grund, noch stärker mit der neuen Regierung zu kuscheln. Sie hofften, „daß ihre geschichtliche Leistung gerade von der Regierung anerkannt wird, die sich das große auch von der Arbeiterschaft anerkannte Ziel setzt, die innere und äußere Freiheit der Nation auf die schöpferischen Kräfte des ganzen Volkes zu gründen.“

Die Gewerkschaften riefen sogar zur Nazi-Kundgebung zum 1. Mai auf. Doch es half nichts. Am 2. Mai besetzten SA, SS und Polizei die Gewerkschaftshäuser. Damit war die deutsche Arbeiterbewegung vollständig zerschlagen.

Die Geschichte des Sieges der NationalsozialistInnen ist die Geschichte der großen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, von der sie sich bis heute nicht wieder erholt hat. Die deutsche Arbeiterbewegung war die weltweit bestorganisierte, bewundert von ArbeiterInnen rund um den Erdball. Doch der Verrat der Sozialdemokratie und das Versagen der stalinistischen KPD-Führung, eine echte Einheitsfront aufzubauen, führten dazu, dass diese mächtige Arbeiterschaft so gut wie kampfflos zugrunde gerichtet wurde.

Was machen wir jetzt?

Heute, wo wir uns auch in Deutschland wieder auf eine Krise zubewegen, recken auch wieder radikalisierte KleinbürgerInnen in Gestalt von NPD oder DVU ihre Köpfe. Sie nur auf die „böse Hitlerzeit“ festzunageln, hat keinen Erfolg.

Wir müssen den (klein-)bürgerlichen Antworten auf die Probleme im Kapitalismus, wir müssen dem Konzept der „Volksgemeinschaft“, unser Konzept von Klassensolidarität, sozialer Revolution und Rätepolitik entgegenstellen. Das ist der größte Dienst, den wir den vielen Tausend Schwestern und Brüdern tun können, die im Feuer der faschistischen Barbarei vernichtet wurden.

von Jalava, Revo Kiel

REVOLUTIONÄRINNEN: kommunistische Frauen

Clara Zetkin

Viele Straßen in Ostdeutschland sind nach Clara Zetkin benannt. Sie war eine deutsche Kommunistin, die ihr ganzes Leben für die sozialistische Revolution und die Befreiung der Frau gekämpft hat.

Clara Zetkin wurde am 5. Juli 1857 in einem Dorf in Sachsen geboren. 1878 trat sie in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, später SPD, ein. Noch im gleichen Jahr absolvierte sie eine Prüfung und war somit ausgebildete Volksschullehrerin.

Aufgrund des Sozialistengesetzes, durch das jegliche politische Arbeit außerhalb des Reichstages verboten wurde, ging sie 1882 nach Paris ins Exil. Dort arbeitete sie als Korrespondentin für die sozialistische Presse.

Die Rolle der Frau war von Anfang an ein Schwerpunkt ihrer Politik. Am 19. Juli 1889 sprach sie auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen über eine proletarische Frauenbewegung. Für sie war die Frage der Frau ein wirtschaftliches Problem. Die Befreiung müsse Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein, sagte sie. Somit war eine sozialistische Gesellschaft die Grundvoraussetzung für die vollständige Unabhängigkeit der Frau.

Nach Abschaffung des Sozialistengesetzes 1890 kehrte sie zurück nach Deutschland und arbeitete fortan als Redaktionsleiterin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Clara wurde mehr und mehr zum Zentrum und Anlaufpunkt für die sich aufbauende proletarische Frauenbewegung.

1907 fand die Erste Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, unter der Leitung Claras, statt. Dort hielt sie ein Referat, in dem sie den Kampf zwischen den Geschlechtern entschieden ablehnte. Ebenso sagte sie, das Wahlrecht für die Frau könne man nur in einem gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten, egal ob männlich oder weiblich, erreichen.

1910 folgte die Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, auf der Clara die Einrichtung eines Internationalen Frauentags vorschlug. Dieser wurde erstmals, ein Jahr später, am 19. März gefeiert (ab 1921 änderte sich das Datum auf den 8. März).

Im August 1914 begann der Erste Weltkrieg und Clara zählte mit Rosa Luxemburg, einer ihrer engen Freundinnen, und Karl Liebknecht zu den wenigen, die die Kriegskredite ablehnten und weiter für den Sozialismus arbeiteten.

Im März 1915 veranstaltete sie in Bern eine Antikriegskonferenz. In einem Appell, der später illegal in den am Krieg beteiligten Ländern verbreitet wurde, forderte sie die Menschen auf, sich gegen den Krieg zu stellen und für ihre Söhne und Männer für

den Sozialismus zu kämpfen. Aufgrund dieser und anderer Aktionen wurde sie während des Krieges mehrfach inhaftiert.

1917 spaltete sich die USPD von der SPD ab, aus Protest gegen deren Unterstützung für die Kriegspolitik der Regierung. Unmittelbar danach trat auch Clara bei.

Zwei Jahre später schloss sie sich der KPD an, die am 1. Januar 1919, kurz nach der Novemberrevolution, gegründet worden war. Kurz darauf wurde sie als erste kommunistische Abgeordnete in den Reichstag gewählt.

Im September des gleichen Jahres reiste sie dann das erste Mal selbst in die Sowjetunion, wo sie den russischen Kommunisten Lenin kennen lernte, mit dem sie eine bleibende Freundschaft schloss.

Nach dem blutig niedergeschlagenen Aufstand in Mitteldeutschland 1921 trat sie gegen eine ultralinke Stimmung in der Partei ein, die mit Aufständen die politische Macht erobern wollte, ohne davor eine Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich gebracht zu haben. Aber sie blieb trotz ihrer Kritik der KPD treu.

Clara hatte schon früh die Gefahr des Nationalsozialismus erkannt, doch nun trat sie verstärkt gegen diesen und für den Internationalismus ein. Sie bezeichnete den Faschismus als „einen außerordentlich gefährlichen und furchtbaren Feind“ des Proletariats.

Man müsse den Menschen eine andere Perspektive bieten, den Kommunismus, also die Abschaffung des Kapitalismus und den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft. Alle Werktätigen sollten gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen, sagte Clara, fast blind und schwer erkrankt, in ihrer Rede am 30. August 1932 als Alterspräsidentin im Reichstag, bei dem die NSDAP bereits mit 37 Prozent die am stärksten vertretene Partei war. Sie beendete die Rede in der Hoffnung, „trotz meiner jetzigen Invalidität das Glück zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongress Sowjetdeutschlands zu eröffnen.“

Gegen Ende ihres Lebens trat Zetkin als eine Unterstützerin der stalinistischen Bürokratie in Moskau in Erscheinung. Aber wie aus ihrer privaten Korrespondenz zu dieser Zeit hervorging, empfand sie persönlich nur Verachtung für dieses Regime.

Am 30. Januar 1933 übernahm die NSDAP unter Hitler die Macht. Die KPD wurde verboten und Clara musste ein letztes Mal flüchten, diesmal in die Sowjetunion. Dort starb sie wenig später im Alter von 75 Jahren.

Insgesamt hat Clara Zetkin gezeigt, dass der Kampf für die Befreiung der Frau nur durch den Kampf der ArbeiterInnen für die sozialistische Revolution gewonnen werden kann.

von Jojo, Revo Rostock



Solidarität mit Orlando Chirino!

Venezolanischer Gewerkschaftsführer wurde entlassen



In der letzten Ausgabe von REVOLUTION setzten wir uns mit der Regierung von Hugo Chávez in Venezuela auseinander, die den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ propagiert. Kurz nach der Erscheinung unserer letzten Ausgabe erreichte uns eine Nachricht aus der venezolanischen ArbeiterInnenbewegung:

Orlando Chirino, ein führender Vertreter der ArbeiterInnenbewegung in Venezuela, wurde vom staatlichen Ölkonzern PDVSA entlassen. Diese Entscheidung der PDVSA-Führung und des Arbeitsministeriums – unter der Leitung der „sozialistischen“ Regierung von Hugo Chávez – ist das jüngste Ereignis aus einer Reihe von Angriffen auf die unabhängige ArbeiterInnenbewegung in Venezuela. Durch die Kündigung von Orlando Chirino soll der linke Flügel in der Gewerkschaft UNT geschwächt und die ganze Arbeiterbewegung unter Regierungskontrolle gestellt werden.

Orlando Chirino hatte im Kampf gegen den Putschversuch im April 2002 und gegen die reaktionäre Sabotage der Ölindustrie

Ende 2002 und Anfang 2003 eine wichtige Rolle inne. Doch er ist ein Verfechter der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse, so unterstützte er weder die Verfassungsreform im letzten Dezember, noch ist er Chávez' neuer Partei, der PSUV, beigetreten – dafür wurde er als „Verräter“ und „Konterrevolutionär“ gebrandmarkt.

Jedoch verfolgt die Regierung nicht nur Chirino, sondern auch alle anderen kämpferischen Teile der ArbeiterInnenbewegung. So stehen zu diesem Zeitpunkt ArbeiterInnen und GewerkschaftsführerInnen des Stahlwerks SIDOR und der Keramikfabrik Sanitarios de Maracay wegen der Organisation von Streiks vor Gericht. Zur gleichen Zeit wurden die Anklagen gegen rechte VerschwörerInnen der Beteiligung am Putschversuch 2002 fallen gelassen!

Das Regierungsprojekt des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, das auf der Zusammenarbeit mit „patriotischen KapitalistInnen“ basiert, setzt die Kontrolle über der Arbeiterbewegung voraus. Wirklicher Sozialismus basiert dagegen auf der Enteignung

Petition

An den Ingenieur Rafael Ramírez, Minister für Energie und Erdöl und Präsident von Petróleos de Venezuela (PDVSA), und an alle Mitglieder des Vorstandes der PDVSA:

Wir, die UnterzeichnerInnen, fordern sie zur sofortigen Wiedereinstellung von Orlando Chirino, einem Koordinator der Gewerkschaft UNT, der eine führende Rolle bei den Kämpfen gegen den Putsch im April 2002 und bei der Verteidigung der Ölindustrie während der Streik-Sabotage gegen die PDVSA im selben Jahr inne hatte, auf.

Chirino wurde ohne jegliche Rechtsgrundlage von der PDVSA entlassen. Er ist durch die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes in Bezug auf gewerkschaftliche Funktionen geschützt, da er Mitglied des Führungsgremiums von Sinutrapetrol (der Gewerkschaft der ÖlarbeiterInnen) ist, beschäftigt als Sekretär für Sicherheit und Hygiene, sowie Koordinator der UNT.

Mit Bezug auf das bereits Geäußerte, sowie der Wertschätzung von Orlando Chirinos transparenter Laufbahn und seiner Dienste im Interesse der Arbeiterklasse Venezuelas in drei Jahrzehnten als Gewerkschaftsführer, die von Tausenden ArbeiterInnen unabhängig ihrer politischen und ideologischen Position anerkannt werden, präsentieren wir diese Petition.

Von unserer Website: www.revolution.int.tf

Bisherige Unterschriften sind hier zu sehen: www.izquierdasocialista.org.ar/campanas/noaldespisodechirino_firmas.html

der Produktionsmittel durch eine ArbeiterInnenregierung. Deshalb solidarisieren wir uns mit Orlando Chirino und allen anderen AktivistInnen der ArbeiterInnenklasse in Venezuela, die für eine unabhängige und revolutionäre ArbeiterInnenpartei kämpfen.

Oben ist der Text der Petition, die weltweit von hunderten linken und Arbeiterorganisationen unterstützt wird, einschliesslich der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION.

REVOLUTION Internationale Koordinierung, 20.2.2008



Am 29. Februar organisierten wir von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION eine Diskussionsveranstaltung über Venezuela, gemeinsam mit der „Marxistischen Initiative“ und Harald Neuber von der Tageszeitung „junge Welt“. Mehr als 50 Personen debattierten im Berliner Mehringhof über die Entwicklungen in Venezuela und den Charakter der Chávez-Regierung.

Eine Frage, die während der

zweistündigen Diskussion immer wieder aufkam, war die der Betriebsbesetzungen in Venezuela. Manche besetzte Betriebe sind gewaltsam geräumt worden, so z.B. die Keramikfabrik Sanitarios de Maracay. Andere Betriebsbesetzungen endeten mit einer Verstaatlichung, wie bei der Papierfabrik Invepal – wobei auch hier die Arbeiterselbstverwaltung von staatlicher Seite massiv eingeschränkt wurde.

Wir legten unsere Position dar, dass der Sozialismus nicht durch eine „fortschrittliche“ Regierung, sondern

einzig durch eine Arbeiterrevolution eingeführt werden kann. Deswegen unterstützen wir die Bildung einer unabhängigen, revolutionären Arbeiterpartei in Venezuela.

Bei der Veranstaltung präsentierten wir auch unsere neue Broschüre **Wohin geht Venezuela?**, mit Artikeln über die Massnahmen gegen den Fernsehsender RCTV und die Gründung der neuen Partei PSUV, sowie einem Aufruf der „Bewegung für den Aufbau einer Arbeiterpartei“. Diese Broschüre ist für 1,50€ und im Internet erhältlich.

KULTURREVOLUTION



Iconoclast

Brachiale Musik in perfekter Vereinigung mit durchdachten und zumeist politischen Texten – das sind die Markenzeichen der deutschen Metalcore-Band „Heaven Shall Burn“. Die fünf Jungs aus Thüringen gaben auf ihren letzten Platten unter anderem Songs über Salvador Allende oder den Widerstand der Weißen Rose zum Besten.

Ihre neueste Scheibe heißt „Iconoclast (part I: the final resistance)“. Alle Songs werden dabei von einer einzigen Geschichte thematisch zusammengehalten: Gott ist tot und 123 mythische Krieger ziehen aus, um sich an seinen Mördern zu rächen und die Bilder der neuen Götzen und Ikonen – der falschen Götter – zu zerstören. Diese Story wirkt zwar reichlich abgehoben aber es steckt natürlich mehr dahinter: Ideengeber für die „Gott ist tot“-Thematik war unter anderem Friedrich Nietzsche, der auch im Booklet zu Wort kommt. Mediengeile Superstars, Massenkosum und verlogene Ideologien, das sind die falschen „Götzen“ unserer Zeit, die es zu bekämpfen gilt.

Der erste Track „Endzeit“ lässt sich noch am ehesten der Iconoclast-Story zuordnen. Nach einem kurzen Intro bricht ein wahrer Sturm los und es schallt dem Hörer „We are the final Resistance“ um die Ohren. Es wird der Widerstand beschworen – wogegen, das bleibt der Interpretation des Hörers überlassen. Kein Problem, denn schließlich gibt es genug, wogegen Widerstand sich lohnt.

Im kurzen aber ultraschnellen „The Disease“ gibt es dann noch Kapitalismuskritik im Schnellwaschgang, mit einer plakativen aber deutlichen Aussage: „Driven by this greed – You're breeding the disease / Mass production – Mass destruction“

Klanglich geht es dabei die meiste Zeit rund: Klaren Gesang gibt es bei HSB sowieso nicht und im instrumentalen Bereich werden ebenfalls keine Kompromisse gemacht. Wer sich also für Musik der etwas härteren Sorte begeistern kann, und Songtexte mit Sinn und Verstand bevorzugt, sollte „Iconoclast“ nicht verpassen.

von Cubert, Revo Bernau



Flipping Out

Nach drei Jahren in der Armee bekommen israelische Wehrpflichtige einen dicken Bonus, und viele von ihnen reisen nach Indien, vorzugsweise nach Goa. Yoav Shamir drehte zweieinhalb Jahre lang in diesem Milieu. Die jungen Israelis in „Flipping Out“ kiffen, tanzen auf Ecstasy und erinnern sich, wie die Armee aus ihnen „echte Männer“ gemacht hat. Die Hotels und Imbissbuden werben auf Hebräisch, die Presse in Israel sprach schon ironisch von der „israelischen Besetzung in Goa“.

Ein junger Ex-Soldat liegt in einer Hängematte in einem grünen Bergtal und erzählt, die Zeit in der Armee sei die beste Zeit seines Lebens gewesen. Dazwischen sieht mensch Aufnahmen von Hausdurchsuchungen in der Westbank, so als müsste er selbst gerade daran denken.

Die Infrastruktur für die israelischen TouristInnen ist beeindruckend: Vorsichtshalber unterhält die israelische Antidrogenbehörde ein „Warmes Haus“ für junge Leute im Streß. Auch eine orthodox-messianische Sekte bietet Krisenberatung – dazu natürlich auch Religionsunterricht.

Um die richtig „Ausgeflipten“ kümmert sich ein alter Mossad-Agent. Sie bekommen Wahnvorstellungen, sie schließen sich für eine Woche in einem Zimmer ein oder halten sich für Millionäre und lassen indische ArbeiterInnen mit dem Bau ihres Palastes anfangen. Der alte Mann mit weißem Bart holt sie dann und packt sie ins Flugzeug nach Israel.

Regisseur Yoav Shamir hat bereits mit „Checkpoint“ (2003) einen Dokumentarfilm gemacht, der ohne politische Kommentare eine vernichtende Kritik der israelischen Besatzungspolitik liefert. Über die Gewalt, mit der die israelische Armee gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten vorgeht, sind wir gut informiert. „Flipping Out“ zeigt, wie die Besetzung auch unzählige junge Israelis psychisch kaputt macht.

von Wladek, Revo Berlin

Der Film lief auf den Internationalen Filmfestspielen in Berlin und kommt hoffentlich bald in die Kinos.

Alleine ist es schwer zu kämpfen! Deswegen organisieren wir uns in der unabhängigen Jugendorganisation **REVOLUTION** und kämpfen für eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg – für eine Welt ohne Kapitalismus! Willst du mitkämpfen? Schau einfach bei der Revo-Gruppe in deiner Nähe vorbei oder besuche unsere Seite!

REVOLUTION Germany

berlin@revolution.de.com

berнау@revolution.de.com

kiel@revolution.de.com

plauen@revolution.de.com

rostock@revolution.de.com

wolfsburg@revolution.de.com

REVOLUTION Weltweit

Portal • www.onesolutionrevolution.org

Schweiz • www.revolution.ch.tc

Tschechien • www.revo.cz.tc

Australien • www.revo.au.tt

Unabhängigkeits- erklärungen

Sollte eine kommunistische Jugendbewegung unabhängig sein? Antworten auf diese Frage von Liebknecht, Lenin, Trotzki, der Kommunistischen Internationale und anderen.

40 Seiten, 2€



Der Weg zur Revolution

Das Manifest der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION – ein Fahrplan für die Weltrevolution! Beschlossen auf dem Revocamp 2003, geändert auf den Revocamps 2004 und 2007.

20 Seiten, 1€



V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

ANZEIGE

Für eine sozialistische Revolution in Venezuela!

Diese Broschüre bietet eine Bilanz und Perspektiven des „bolivarischen Prozesses“ und die Chancen für die Arbeiterklasse. Es geht darum, die Kämpfe des Proletariats in Venezuela zu unterstützen und den „Chavismus“ kritisch zu untersuchen.

96 Seiten, 3,50€ • www.sozialismus.net



Die U-Bahn steht still...

...wenn die BVG-ArbeiterInnen streiken. Solidarität mit den Streiks im öffentlichen Dienst!

Am 14. Februar wurde der mittlerweile zurückgetretene Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel, wegen Steuerhinterziehung verhaftet. Gleichzeitig wurde bekannt, dass neben ihm auch noch gegen ca. 700 andere Personen ermittelt wird. Durch illegale Geldüberweisungen in den Kleinstaat Liechtenstein sollen mehr als 3,4 Milliarden Euro an den deutschen Steuerbehörden vorbei geschleust worden sein – und hierbei handelt es sich wohl gemerkt nur um die Gelder, die nach Liechtenstein transferiert wurden. Wie viel Geld in andere „Steuroasen“ (Monaco, die Schweiz, die Kanalinseln usw.) gebracht wurde, bleibt weiterhin im Dunkeln.

Kein Geld in Lichtenstein

Während die deutschen KapitalistInnen bemüht sind, ihre Reichtümer auf der gesamten Welt zu verstecken, wollen sie uns gleichzeitig einreden, dass es diese Reichtümer gar nicht gibt. Sie fordern die ArbeiterInnen auf, weitere Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen zu akzeptieren, da die deutsche Wirtschaft angeblich pleite sei. So sollen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – also das Pflegepersonal in Krankenhäusern, bei der Müllabfuhr und im Personennahverkehr – mit einer lächerlichen Gehaltserhöhung von fünf Prozent abgespeist werden. Selbst das sollen sie nur erhalten, wenn sie dafür 1,5 Stunden die Woche länger arbeiten.

Die ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst sollen also mit einer Lohnerhöhung, die nicht einmal den Anstieg der Lebenshaltungskosten deckt, und einer Arbeitszeitverlängerungen, die mittel- und langfristig zu einem Stellenabbau führen wird, abgespeist werden, weil den öffentlichen Kassen angeblich das Geld fehlen würde. Trotzdem kann es sich der deutsche Staat leisten, 6,5 Milliarden Euro in die IKB-Bank, die durch Spekulation am US-Immobilienmarkt hohe Verluste erlitten hat, zu pumpen. Auch hier zeigt sich mal wieder deutlich, dass die Interessen einer kleinen Gruppe von KapitalistInnen wichtiger sind als eine Verbesserung der Lebenssituation von tausenden Menschen.

Im Moment lehnt die Gewerkschaft ver.di das „Angebot“ des Bundes, der Länder und der Kommunen ab und beharrt auf einer Lohnerhöhung von acht Prozent oder mindestens 250 Euro. So gab es bereits in den vergangenen Wochen Warnstreiks. Wenn mensch sich allerdings die Tarifverhandlungen der letzten Jahre – und vor allem die Rolle, die ver.di bei ihnen gespielt hat – anschaut, ist es fraglich, ob die bürokratische Führung der Gewerkschaft nicht bei einem minimal verbesserten „Angebot“ einknickt und die ArbeiterInnen wieder nach Hause schickt.

Berliner Verkehrsbetriebe

In Berlin, das nicht mehr zum Verbund der öffentlichen Arbeitgeber gehört, gibt es momentan auch noch einen Tarifstreit zwischen den ArbeiterInnen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) – Busse, Straßenbahn, U-Bahn – und dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV), der bei Tarifverhandlungen den Berliner Senat vertritt. So fordern die ArbeiterInnen bei der BVG eine Lohnerhöhung von zwölf Prozent oder mindestens 250 Euro für alle 12.000 ArbeiterInnen, während der KAV lediglich eine sechsprozentige Gehaltserhöhung bis 2010 anbietet, und diese auch nur für die Neubeschäftigten, die nach 2005 eingestellt worden sind.

Das Vorgehen des KAV zielt offensichtlich auf eine Spaltung der BVG-ArbeiterInnen, aber diese haben sich bis jetzt weder spalten noch einschüchtern lassen. Bei einer Urabstimmung stimmten 96,9 Prozent für weitere Streiks, nachdem bereits vor einigen Wochen die U-Bahnen, Trams, Busse und Fähren Berlins stillstanden.

Solidarität mit dem Streik!

Wir fordern SchülerInnen und Studierende auf, diese Streiks zu unterstützen: mit Infoveranstaltungen, Solidaritätsbesuchen bei den Streikenden, Demonstrationen usw. Denn die ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst kämpfen gegen die gleichen Institutionen, die auf der Schule und auf der Uni kürzen.

Gleichzeitig sollen wir klarmachen, dass sich die ver.di-Mitglieder an der Basis selbstständig organisieren müssen. Dann müssten sie es nicht einfach so hinnehmen, wenn sich die ver.di-Bürokratie auf einen faulen Kompromiss einlässt.

von Antonio, Revo Berlin

